

Gespräche mit verschiedenen Oppositionsführern stattgefunden, über deren Inhalt jedoch nichts bekannt wurde (s. auch Artikel von Karl-Heinz Krämer in dieser Ausgabe)

Wirtschaftsentwicklung

Das letzte Fiskaljahr, das im Juli endete, wies ein Wirtschaftswachstum von sechs Prozent aus. Die Exporte nahmen um 45 Prozent zu. Dies ist hauptsächlich auf den boomenden Textil- und Bekleidungssektor zurückzuführen. Daß nach dem Massaker viele Länder Warnungen veröffentlichten, hat die Tourismusbranche schwer getroffen. Der gesamte Dienstleistungssektor und Export sind durch die Unruhen eingeschränkt worden. So wird die für dieses Jahr prognostizierte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 6 bis 7 Prozent kaum eintreffen.

Freilassung von Maoisten

Die Regierung ließ alle 33 Maoisten frei, die unter dem Gesetz der öffentlichen Sicherheit festgehalten worden sind, welches erlaubt, Menschen vorsorglich zu verhaften. Die Rebellen reagierten darauf mit der Freilassung von Polizisten, die noch immer als Geiseln in ihrer Gewalt sind. Weitere 273 Maoisten werden jedoch unter anderen Gründen festgehalten. Innenminister Khum Bahadur Khadka ordnete an, sämtliche Maoisten freizulassen, um gute Voraussetzungen für die geplanten Friedensgespräche zu schaffen. Gleichzeitig beantragte er im

Parlament, die längst hängige Verordnung gutzuheißen, die eine bewaffnete Polizeiabteilung mit fünf regionalen Verwaltungen erlaubt. Diese seien bereits unter seinem Vorgänger realisiert worden, nur fehle die Legitimation dazu, sagte Deuba. Khadka betonte, es gehe dabei um die Verteilung der Macht und nicht um die Verfolgung der Rebellen. Die Oppositionsparteien und Maoisten stellten sich gegen die Verordnung.

Gratisbehandlung

Um das Volk für sich zu gewinnen, hat die Armee gratis 2.000 Menschen medizinisch behandelt, in den am schlimmsten von den Ausschreitungen betroffenen Distrikten Rukum und Rolpa. Khadka hat angekündigt, daß Staatsangestellte, die sich gegenüber der Landbevölkerung unfair verhalten, bestraft werden. Die CIAA, eine Kommission, die den Mißbrauch staatlicher Macht untersucht, hat die Regierung gebeten, die Zahlungen aus der Staatskasse an ehemalige Minister, Chefbeamte und Parteiobere einzustellen. Millionen von Rupien werden auf diesem Weg alljährlich verteilt.

Tote durch Überschwemmungen

Anfang August sind in Nepal mindestens 174 Menschen durch Überschwemmungen und Erdbeben, ausgelöst durch heftige Monsunregen, ums Leben gekommen. 39 weitere sind seit Beginn des Monsuns verletzt worden. Mindestens 113 Opfer forderten bisher

Magen-Darm-Krankheiten, die sich während des Monsuns rasch ausbreiten, weil das Trinkwasser mit Fäkalien verschmutzt ist.

Streit mit Indien

Nepal hat Indien am 31. Juli offiziell gebeten, den Bau eines Dammes einzustellen, dessen Auswirkungen Lumbini, den Geburtsort Buddhas zu überfluten. Seit vier Monaten baut Indien am Rasiyal-Khurda-Lautan-Damm am Fluß Danav, unweit der indisch-nepalischen Grenze. Buddhistische Gläubige und politische Parteien beschuldigen das hinduistisch dominierte Indien, gegen internationales Recht zu verstoßen mit dem Bau eines Dammes unweit der Grenze. Sie vermuten dahinter den Plan, den traditionell überlieferten Geburtsort Buddhas zu überfluten und im eigenen Land ein falsches Lumbini zu konstruieren. Auch die UNESCO hat Lumbini als Buddhas Geburtsort anerkannt und ihn zum Weltkulturerbe erklärt. Er gilt als einer der heiligsten Orte der Erde und dient Gläubigen als Pilgerort. Indien erklärte, der Damm habe einzig den Zweck, den Fluß unter Kontrolle zu bringen. Allerdings beansprucht Indien Buddhas Geburtsort schon lange für sich. Auf diesen Druck hin hat Indien die Bauarbeiten vorläufig eingestellt.

Regierungswechsel: Neue Hoffnung auf Frieden

Karl-Heinz Krämer

Am 19. Juli 2001 beugte sich Girija Prasad Koirala dem von allen Seiten auf ihn ausgeübten Druck und trat als Premierminister zurück. Nach zahlreichen Korruptionsskandalen, einem totalen Parlamentsboykott durch die Opposition im Frühjahr, einer äußerst unglücklichen Rolle der Regierung bei der Behandlung

des Palastmassakers vom 1. Juni und einer extremen Intensivierung des maoistischen Konflikts entschloß sich Koirala sehr spät zur Konsequenz des Rücktritts. Zwar mag Koirala, in dessen Händen seit 1991 überwiegend die Regierungsverantwortung gelegen hatte, nicht persönlich für all dies verantwortlich gewesen

sein, aber seine politische Verantwortung kann ihm niemand abnehmen. Letztere hat er mit aller Macht gewollt, aber er war nicht im Stande, die zahlreichen Probleme des Landes auch nur annähernd zu lösen und die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Die Einbeziehung der Armee in den maoistischen

Konflikt drohte zuletzt, das Land in einen offenen Bürgerkrieg zu führen. Ein Dialog mit den Maoisten erschien ferner denn je.

Der *Nepali Congress* verfügt im Repräsentantenhaus über eine satte absolute Mehrheit. So oblag es den Abgeordneten der Regierungspartei, aus ihren eigenen Reihen einen neuen Führer und damit Premierminister zu wählen. Erst zum zweiten Mal in der Geschichte der Partei erfolgte dies also auf derart demokratische Weise. Besonders zu begrüßen ist, daß nun wohl doch endlich eine jüngere Generation in den Vordergrund rückt. Der 79jährige Koirala hatte zuletzt nur noch etwa 40 der 113 Abgeordneten seiner Partei hinter sich. Krishna Prasad Bhattarai, nur ein Jahr jünger als Girija Prasad Koirala, verzichtete glücklicherweise auf eigene Ambitionen und schlug statt dessen Sher Bahadur Deuba vor. Dessen Gegner bei der parteiinternen Abstimmung war Sushil Koirala, Generalsekretär der Partei und Neffe von Girija. Überraschend deutlich mit 72 zu 40 Stimmen konnte sich Deuba am 22. Juli durchsetzen. Sushil Koirala konnte offensichtlich lediglich die verbliebenen Anhänger seines Onkels hinter sich schar-

Bereits vor seiner Vereidigung am 26. Juli traf Deuba eine wichtige Entscheidung, die endlich auf eine veränderte Politik hoffen läßt. Er ordnete den soforti-

gen Stop aller Aktivitäten der Polizei und des Militärs gegen die Maoisten und forderte letztere zur Aufnahme eines Dialogs auf. Prachanda, der Vorsitzende der CPN (Maoist) antwortete innerhalb von Stunden, nahm das Angebot an und forderte seine Partisanenarmee zur Einstellung aller militärischen Aktionen auf. Damit konnte erstmals seit Ausbruch des Konflikts im Februar 1996 eine vorläufige beiderseitige Waffenruhe erreicht werden.

All dies waren große Pluspunkte für die neu zu bildende Regierung, doch sie dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Probleme der Deuba-Regierung gewaltig sind. Es wurde eine Atmosphäre geschaffen, in der man die zahlreichen und schwierigen Aufgaben auf eine friedliche Weise angehen kann, aber es bedarf nun der Zusammenarbeit und Kompromißbereitschaft aller Seiten (Regierung, Opposition und Maoisten), wenn nun die Weichen für eine positive Zukunft des Landes gestellt werden sollen.

Eine erste Ernüchterung brachte die Zusammensetzung des vorläufigen Kabinetts, das Sher Bahadur Deuba am 26. Juli vorstellte und dem weitere 12 Minister angehören. Der neue Premierminister hatte einen kleinen aber repräsentativen Ministerrat angekündigt, doch ist dies bisher nicht so recht gelungen. Kritiker vertreten vor allem die Auffassung, daß sich die Worte des Premierministers

in der ersten Kabinettsliste hätten widerspiegeln müssen. Doch was ist anders? Die Koirala- und Bhattarai-Kabinette der Vergangenheit waren alles andere als repräsentativ gewesen. Nicht nur hatten die beiden alten Parteiführer sich jeweils mit ihrer Klientel aus ihren jeweiligen parteiinternen Lagern umgeben; sie hatten sich auch nicht gescheut, bis 50 und mehr Prozent der Ministerposten an Brahmanen zu vergeben.

Letzteres hat sich allerdings bereits jetzt deutlich geändert. Von den 13 Mitgliedern des Kabinetts sind nur vier Brahmanen. Hinzu kommen vier Chhetri (darunter Deuba selbst), zwei Angehörige der oberen Newar-Kasten und ein Gurung. Dies bedeutet aber dennoch, daß wieder 12 der 13 Minister den hohen Hindukasten angehören; Frauen sucht man ebenso vergeblich wie Angehörige der Dalit-Gruppen und der Tarai-Bevölkerung. In gleicher Weise wie Koirala und Bhattarai hat auch Deuba zunächst auf die Abgeordneten zurückgegriffen, die ihn in der Vergangenheit in seinem Streben nach dem Amt des Premierministers besonders unterstützt haben. Hierzu gehören vor allem auch ehemalige Gefolgsleute Koiralas, die in den letzten Monaten das Lager gewechselt haben, wie z. B. Khum Bahadur Khadka. Ähnlich wie seine Vorgänger hat auch Deuba Vertreter des parteiinternen Gegenlagers einbezogen, wie z. B. Amod Prasad Upadhyaya und Mahesh Acharya. Diese finden sich natürlich nur weit unten auf der Ministerliste, denn die Reihenfolge gibt eine Rangordnung vor. Außerdem wurden sie mit vermeintlich unwichtigeren, weil wenig persönlichen Vorteil versprechenden Ressorts bedacht; in Wirklichkeit sind letztere (Bildung und Landwirtschaft) für die Entwicklung des Landes jedoch von größter Bedeutung.

So hat Sher Bahadur Deuba mit der Bildung des Ministerrats die anfangs so positiven Eindrücke zunächst einmal wieder eingeschränkt. Dies mag jedoch auch damit zusammenhängen, daß er ebenso wie seine Vorgänger darauf angewiesen ist, sich die notwendige Unterstützung innerhalb der eigenen Partei durch die Vergabe lukrativer Posten sichern zu müssen, ein Problem, an dem das ganze politische System Nepals krankt. Darüber hinaus spiegelt die Zusammensetzung des Kabinetts in gewisser Weise nur die Zusammensetzung der Fraktion des *Nepali Congress* wider. Angesichts der Tatsache, daß nur fünf der 113



Der neue Premierminister Sher Bahadur Deuba

Abgeordneten des *Nepali Congress* Frauen sind (übrigens alles Brahmaninnen), ist der Kreis der als Ministerinnen in Frage kommenden Frauen gering. Dalits wurden seitens des *Nepali Congress* bei den letzten Parlamentswahlen schon gar nicht als Kandidaten aufgestellt, d.h. ihre Beteiligung war von Anfang an nicht gewollt. Was bleibt, ist die Machtverschiebung aus dem Bereich der Brahmanen in den der Chhetri, ein Phänomen, das auch schon die erste Deuba-Regierung (1995-97) auszeichnete.

Dennoch sollte man der neuen Regierung eine Chance geben, zumal Deuba gleich zu Beginn wichtige Zeichen gesetzt hat. Anders als bei seiner ersten Amtsperiode ist er heute nicht auf eine Koalition aus drei Parteien angewiesen, die damals nur über eine Mehrheit von einer einzigen Stimme verfügte. Der *Nepali Congress* hat heute eine ausreichende Mehrheit und der innerparteiliche Fraktionskrampf scheint zumindest vorübergehend beigelegt. Dies heißt nicht, daß er nicht jederzeit wieder ausbrechen kann; Girija Prasad Koirala ist weiterhin Parteivorsitzender und damit angesichts der recht undemokratischen Parteistruktur in einer äußerst mächtigen Funktion. Wichtig wird für Deuba daher auch sein, zumindest den Anschein zu erwecken, daß Koirala an einer möglichen politischen Wende beteiligt und nicht als Buhmann für alle Fehler der Vergangenheit verantwortlich gemacht wird, angesichts dessen, was gelaufen ist, sicherlich keine einfache Aufgabe.

So bleibt die große Hoffnung, daß der vorläufige Waffenstillstand zwischen Staat und aufständischen Maoisten zu einem dauerhaften wird. Anders als sein Vorgänger tut Deuba den Konflikt nicht

Der neue Ministerrat vom 26.Juli	
1. Sher Bahadur Deuba	Palastangelegenheiten Verteidigung Auswärtiges Industrie, Handel und Versorgung Allgemeine Verwaltung Frauen, Kinder und Soziales Landreform und Management Wissenschaft und Technologie Gesetzgebung, Justiz und Parlament
2. Chirinjivi Wagle	Raumordnung und Öffentliche Arbeiten
3. Khum Bahadur Khadka	Inneres Lokale Entwicklung
4. Gopal Man Shrestha	Forsten und Bodenschutz
5. Ram Sharan Mahat	Finanzen
6. Bijaya Kumar Ghachhadar	Wasserressourcen
7. Bal Bahadur K.C.	Kultur, Tourismus und Zivilluftfahrt
8. Sarad Singh Bhandari	Gesundheit
9. Paltan Gurung	Arbeit und Transportmanagement
10. Jaya Prakash Gupta	Information and Kommunikation
11. Mahesh Acharya	Landwirtschaft und Genossenschaften
12. Amod Prasad Upadhyaya	Bildung und Sport
13. Prem Lal Singh	Bevölkerung und Umwelt
Quelle: <i>Kantipur Online</i> , 26. Juli 2001	

als ein Problem von Ruhe und Ordnung ab, sondern spricht von seinen wirtschaftlichen Ursachen. Wenn es ihm gelingt, jetzt auch noch den entscheidenden Schritt zu tun und die gesellschaftspolitischen Ursachen des Konflikts zu erkennen, dann sind zumindest für einen Dialog die Voraussetzungen gut. Gelöst

werden kann der Konflikt jedoch nur, wenn dem Dialog gemeinsam beschlossene Veränderungen folgen, die eine ausgewogene Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Verwaltung, Bildungswesen usw. garantiert. Bis dahin ist es jedoch ein weiter und steiniger Weg.

Die politische Lage nach dem Massaker

Nepali Bishlesak

Seit Jahren sind politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Instabilität kennzeichnend für Nepal: Nacheinander unlösbare wirtschaftliche Probleme, Korruption und Machtmißbrauch, mangelnde Verantwortung der gewählten politischen Führer, der maoistische „Volkskrieg“, das bhutanische Flüchtlingsproblem, die sich intensivierenden ethnischen, sprachlichen und kulturellen Spannungen, die Unterdrückung und Benachteiligung der Frauen und der sogenannten niederen Hindukasten, die zahlreichen Verletzun-

gen und Mißstände im Bereich grundlegender Menschenrechte. All das sind nur einige der gravierendsten Probleme, mit denen das Land in der ersten Dekade seines „demokratischen“ Systems konfrontiert wurde. Immer, wenn man glaubt, die Lage sei an einem absoluten Tiefpunkt angelangt, gibt es einen erneuten Rückschlag. Die Ereignisse vom 1. Juni 2001 im Königspalast sind jedoch von derartiger Tragweite, daß selbst gut einen Monat später eine Abschätzung der möglichen Auswirkungen nur bedingt möglich ist.